

4233/J XXI.GP

Eingelangt am: 11.07.2002**Anfrage**

der Abgeordneten Mag. Muttonen und GenossInnen
an den Bundeskanzler
betreffend soziale Lage der österreichischen Kunstschaftenden

KünstlerInnen zählen - mit Ausnahme einer kleinen Gruppe von 1-2% Spitzenverdienern - zu den einkommensschwächsten Gruppen der österreichischen Bevölkerung. Der Großteil der österreichischen Kunstschaftenden kämpft - obwohl gut ausgebildet und hochmotiviert - mit extrem schlechten ökonomischen Bedingungen. Die wenigen statistischen Erhebungen der letzten Jahre zeigen deutlich auf, dass die Mehrzahl der Künstlerinnen über ein geringeres Einkommen als das durchschnittliche Unselbständigen-Einkommen verfügt; rund 80 % der Künstlerinnen bleiben mit ihrem künstlerischen Einkommen sogar unter dem Ausgleichszulagenrichtsatz.

Die sozialrechtliche Absicherung der Künstlerinnen ist ausgesprochen schlecht: Kollektiv- oder Gesamtverträgen vergleichbare Regelungen für die Ausübung künstlerischer Tätigkeit existieren so gut wie keine; ein hoher Prozentsatz der Kunst- und Kulturschaftenden bewegt sich im Graubereich des Sozial rechts - immer auch davon abhängig, ob die Finanzmittel des Vereines oder der Organisation, für die die Künstlerinnen tätig sind, die Nebenkosten einer voll sozialversicherten Beschäftigung zu tragen vermögen oder eben nicht.

Von einem umfassendem Künstlersozialversicherungsmodell, das auch den Bereich der Kranken- und Unfallversicherung mit einbezieht, ist keine Rede mehr; auch daher ist die Unzufriedenheit der Kunstschaftenden mit den neuen Regelungen zur "Künstlersozialversicherung" als bloßem Pensionszuschuss entsprechend hoch: rund 76% der Autoren, 61% der freien Theaterschaftenden, 61% der Filmschaftenden und sogar 91% der bildenden Künstler lehnen die mit 1.1.2001 in Kraft getretenen Neuregelungen ab.

Die Rahmenbedingungen für künstlerische Tätigkeiten haben sich in den letzten Jahren durch Förderungskürzungen und -Streichungen massiv verschlechtert. Die angeblich großzügige, tatsächlich aber im europäischen Maßstab bestenfalls durchschnittliche Kunst- und Kulturförderung in Österreich zeigt gerade im Bereich der selbständigen künstlerischen Tätigkeiten am wenigsten Treffsicherheit.

Eine umfassende Erhebung der sozialen Realität der Kunstschaftenden in Österreich ist die Bundesregierung bisher schuldig geblieben, obwohl eine derartige Analyse der Einkommens- und Lebensbedingungen der Künstlerinnen eine wichtige Basis für politische Umsetzungsprozesse bilden könnte.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler nachstehende

Anfrage:

1. Wie in der Einleitung ausgeführt, ist Statistikmaterial zur sozialen Lage und zum Einkommen der Kulturschaffenden in Österreich nur in unzureichendem Ausmaß

bzw. nicht in komprimierter und aktueller Form vorhanden. Planen Sie eine umfassende und empirische Untersuchung zur sozialen und wirtschaftlichen Lage der Kunstschaffenden in Österreich in Auftrag geben zu lassen?

2. Wenn ja, innerhalb welchen Zeithorizonts soll diese Analyse realisiert werden?
3. Werden diese Daten die Basis einer neuen Kulturstatistik bilden?
4. Ist eine Verknüpfung dieser Datenbank mit Wirtschaftsdaten der Statistik Austria und die Einbeziehung aller Interessensvertretungen (IG Autorinnen und Autoren, IG Kultur Österreich, IG Bildende Kunst, IG Freie Theaterarbeit, Übersetzergemeinschaft, Dachverband der Filmschaffenden, IG Architektur, Musikergilde, konsortium.Netz.kultur, Berufsvereinigung der bildenden Künstler, Verband Freier Radios, Voice sowie Gewerkschaft, Verwerter und Fachverbände) bei der Erstellung der Analyse vorgesehen?
5. Auf welchen Erhebungen beruhen Ihre bisherigen Berechnungen wie z.B. für die Einführung der Künstlersozialversicherung?
6. In welchen Bereichen wurden die letzten empirischen Untersuchungen zur sozialen Lage der Künstlerinnen in Österreich durchgeführt?
7. Wie viele Kunstschaffende waren 1998, 1999, 2000, 2001 und 2002 jeweils im Bereich Darstellende Kunst, Film/Kino/Video/Medienkunst, Festspiele und Großveranstaltungen, Musik, Bildende Kunst/Fotographie/Architektur/Design, Literatur und Kulturinitiativen tätig?
8. Wie hoch waren die durchschnittlichen Jahreseinkommen dieser Kunstschaffenden aus der künstlerischen Tätigkeit gegliedert nach Geschlechtern und Sparten?
9. Wie hoch ist der Anteil an Kunstschaffenden, die aus den Einkünften aus künstlerischer Tätigkeit ihren Lebensunterhalt bestreiten können?
10. Wie hoch ist der Anteil an sogenannten "atypischen" Beschäftigungsverhältnissen im Kunst- und Kulturbereich in Österreich und wie hat sich dieser Anteil in den letzten zehn Jahren entwickelt?
11. Untersuchungen in Deutschland haben ergeben, dass die Einkommen der männlichen und weiblichen Kunstschaffenden um rund 1/4 differieren. Ist diese Situation, wonach die Einkommen der weiblichen Kunstschaffenden um rund 1/4 niedriger als die der männlichen Kollegen sind, auch in Österreich zu beobachten?
12. Was gedenken Sie zu unternehmen, um dieser Entwicklung gegenzusteuern?
13. Auch im europäischen Konnex gewinnt das Thema Kultur als wichtiges Beschäftigungsfeld, Kulturwirtschaft und ihr Wachstumspotential zunehmend an Bedeutung. Welche Studien sind in Österreich geplant, um das potentielle kulturelle

Beschäftigungspotential für alle Wirtschaftsbereiche zu untersuchen?

14. Wie in der Einleitung bereits ausgeführt, ist die Unzufriedenheit der Kunstschaffenden mit der Künstlersozialversicherung sehr hoch. Sind Sie mit der Künstlersozialversicherung zufrieden?
15. Wie hat sich die Einführung der Künstlersozialversicherung auf die soziale Lage der Kunstschaffenden in Österreich ausgewirkt?
16. Welche Erhebungen wurden dazu bisher durchgeführt und in welcher Form werden die Resultate der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht werden?
17. Werden Sie - wie in 667/AE XXI.GP gefordert - bis Ende September 2002 einen Bericht über die Auswirkungen des Künstler-Sozialversicherungsfondsgesetzes vorlegen, der- analog dem deutschen Beispiel - die soziale Lage der Künstlerinnen in Österreich beleuchtet und als Entscheidungsgrundlage für eine Novelle des Künstler-Sozialversicherungsfondsgesetzes dienen kann?
18. Wie aus Pressemeldungen und Anfragebeantwortungen (3232/AB) hervorgeht, verfügt der Künstler-Sozialversicherungsfonds über beträchtliche Mehreinnahmen. Wie hoch sind diese und wofür werden diese Mehreinnahmen konkret verwendet werden?
19. Ist für Sie eine Erhöhung der Zuschüsse bzw. eine Ausweitung des BezieherInnenkreises vorstellbar?
20. Das K-SVFG wurde von auch Mitgliedern Ihrer Fraktion als "Fuß in der Tür" oder "erster maßgeblicher Schritt" bezeichnet. Welche darüber hinausgehenden Maßnahmen zur Erweiterung der sozialen Absicherung der Künstlerinnen planen Sie?
21. Kunststaatssekretär Morak hat im März 2001 eine Studie zum Kunstsponsoring angekündigt, deren Fertigstellung für das erste Quartal 2002 geplant war (3111/AB). Wann werden die Resultate der Untersuchung präsentiert werden?